

Anfrage der CDU-Fraktion zur Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 18.02.2020 - Drucksache 10308/2014-2020

Wie kann es sein, dass die Informationsvorlage in der Sitzung vom 21.02.2020¹ im letzten Satz „fortlaufende Informationen“ zusagt, wir aber im Ausschuss keine Informationen über weitere Legionellenvorfälle erhalten haben? Diese waren laut NW vom 23.02.2020² auch Herrn Nürnberger bekannt.

Die Verwaltung erhielt im Monat Januar 38 Meldungen über Überschreitungen des so genannten „technischen Maßnahmewertes“. Diese sind nicht nur in Altenheimen, sondern auch in anderen Einrichtungen von hoher Relevanz (z. B. Hotels oder Kitas). Auf die hohe Zahl der gemeldeten Fälle – die auch sehr stark schwanken und deutlich über 38 liegen können - hat Herr Beigeordneter Nürnberger in der vergangenen Sitzung hingewiesen (vgl. Protokoll).

Ohne Zweifel hätte Herr Beigeordneter Nürnberger auf die konkrete Meldung einer Überschreitung in einer Einrichtung hinweisen sollen, da diese ja der Presse bereits bekannt war. Aus Sicht der Verwaltung ist es aber nicht möglich und sinnvoll, im SGA von jeder Überschreitung im Detail und unter Nennung der Einrichtungen zu berichten. Bis zum Ende der Amtsperiode dieses Rates wird die Verwaltung aber für die SGA-Sitzungen eine jeweils aktuelle, anonymisierte Übersicht über die eingegangenen Befunde erstellen, damit sich das Gremium einen eigenen Eindruck von der Vielzahl der Befunde machen kann.

Im konkreten Fall, über den die NW berichtet hat, fand ein enger Austausch zwischen Gesundheitsamt und Betreiber statt. Die Einrichtung wurde besichtigt, Absprachen wurden getroffen. Die Nachbeprobung ergab Werte im einstelligen Bereich – bis auf eine Zapfstelle, an der noch ein Wert von 100 KBE gemessen wurde. Es wurden weitere Maßnahmen angemahnt, die Umsetzung wird nachgehalten.

Die Anfrage zitiert den letzten Satz der Vorlage mit der Zusage „fortlaufender Informationen“. Im Folgenden wird der Gesamtzusammenhang zitiert, worauf sich diese Zusage bezog:

„Die Verwaltung arbeitet intensiv daran, Schlussfolgerungen aus dem Vorgang zu ziehen. Die Ereignisse und die Ursachenforschung werden zum Anlass genommen, einerseits kurzfristig für das Gesundheitsamt überplanmäßiges Personal zu beantragen und andererseits eine organisatorische Untersuchung zu beauftragen, um Abläufe, Bearbeitungsstandards, Personalbedarfe und Kommunikationswege zu prüfen. Außerdem ist eine Arbeitsgruppe zwischen Gesundheitsamt und WTG-Behörde (ehemals Heimaufsicht) eingerichtet, um verbesserte Kommunikationsstrukturen zu erarbeiten. Die Verwaltung wird laufend weiter berichten.“

Zusatzfrage zur Anfrage 10308/2014-2020 der CDU-Fraktion „Was gedenkt die Verwaltung zur vollständigen Aufklärung der Aus- und Zusagen ihrer Verwaltungsvorlage zu unternehmen?“

¹ Es handelt sich um den 21.01.2020.

² Die NW berichtete am 22.01.2020.

In den Sitzungen vom 26. Nov 2019 und vom 21. Januar 2020 hat die Verwaltung bereits umfassend über die Vorgänge und über die ersten Schlussfolgerungen berichtet. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Es wurde bereits eine Organisationsuntersuchung in die Wege geleitet; überplanmäßige Stellen wurden beantragt. Die Kommunikation zwischen Heimaufsicht und Gesundheitsamt ist bereits jetzt deutlich besser; die Heimaufsicht wird verlässlich über Erkenntnisse der Trinkwasseraufsicht informiert.

Dep. Hilgert